

E-Government: Eine Empfehlung für datengestützte Politik und Verwaltung

Zusammenfassung

Es besteht kein Zweifel, dass wir im Datenzeitalter angekommen sind. Das betrifft Politik und öffentliche Verwaltungen ebenso wie die Wirtschaft. Die Menge der Daten, mit denen die öffentliche Hand umgeht und die sie generiert, wird in den nächsten Jahren erheblich zunehmen. Aber dies gibt uns auch die Möglichkeit, die Bedürfnisse der Bevölkerung besser zu verstehen, bessere Services zu schaffen und politische Aufgaben besser umzusetzen.

Zu diesem Zweck müssen wir in der öffentlichen Verwaltung einen datengestützten Ansatz verfolgen, Daten anders und besser nutzen – und dabei einige Hindernisse überwinden, die einer effektiveren Nutzung im Weg stehen. Solche Hindernisse sind beispielsweise Datensilos, Qualifizierungsmängel, eine unzureichende Datenqualität und der Umstand, dass es derzeit noch keine Kultur der gemeinsamen Datennutzung gibt. Dabei sollten wir uns nicht dazu verleiten lassen, bei jedem Problem neue Infrastrukturen aufzubauen. Wir verbringen zu viel Zeit damit, Daten zu verschieben oder zu replizieren, Standards zu definieren oder Daten für die eigentliche Verarbeitung aufzubereiten.

Ein datengestütztes E-Government kann seinen Daten beliebige Fragen stellen, unabhängig von Format, Struktur oder Speicherort. Dann ist es leicht möglich, Daten aller Art abzufragen, zu verknüpfen und zu konsolidieren, wir könnten mehr Erkenntnisse gewinnen und vorausschauender agieren. Der Ansatz einer Datentextur (Data Fabric) nutzt bereits bestehende Datenquellen und -bestände. Er funktioniert reibungslos mit jeder Kombination von neuen, aktuellen und älteren Systemen, die Daten generieren oder verarbeiten. Grundsätzlich macht der datengestützte Zugang die Verknüpfung von operativen Daten und Servicedaten, von Projektvorhaben und politischen Zielen zu einer gemeinsamen Datentextur möglich, und zwar in Gestalt einer Overlay-Schicht ohne große Investitionen in neue Infrastruktur.

Je besser Politik und Verwaltung ihre Daten verstehen, je mehr sie neugierig sind und kreativ damit umzugehen wissen, desto besser sind Bund, Länder und Kommunen für zukünftige

Herausforderungen gerüstet. Eine Verwaltung, die ihren Daten „jede beliebige Frage stellen“ kann, ist im Datenzeitalter angekommen und in der Lage, flexibel die Leistungen zu erbringen, die Gegenwart und Zukunft erfordern.

Einleitung und Ziel

Die Digitalisierung wirkt sich auf alle Aspekte unseres Lebens und alle Wirtschaftszweige aus. Triebkraft dieser Entwicklung sind neue Technologien, die absehbar eine immer größere Rolle spielen werden: Das Internet of Things (IoT), Blockchains, künstliche Intelligenz (KI) und Edge Computing sind datenintensive Technologien, die entweder selbst enorme Datenmengen generieren oder die Voraussetzungen dafür schaffen.

Wir leben im Datenzeitalter – und sind erst am Anfang. Einer von Splunk beauftragten weltweiten Umfrage¹ zufolge erwarten hochrangige Führungskräfte bis 2025 eine Verfünffachung der derzeitigen Datenmenge. Sind wir bereit für dieses Zeitalter der Daten? Vermutlich nicht.

In der Coronakrise ist Politik und Verwaltung klar geworden, welche Kraft in Daten steckt. Gesundheitsdaten in Echtzeit (Covid-19-Fälle, Inzidenzen usw.) werden laufend analysiert, und die Regierungen passen auf der Grundlage dieser Daten ihre Strategien an. Doch dies ist erst der Anfang einer plattentektonischen Verschiebung von geradezu geologischen Dimensionen. Politik und Verwaltung haben jetzt die Chance, die Evolution ihrer Bürgerservices anzustoßen und das Leben der Menschen nachhaltig zu verbessern.

In diesem Whitepaper wird eine ganzheitliche, datengestützte E-Government-Datenplattform vorgeschlagen, die auf einer gemeinsamen Echtzeit-Datentextur der öffentlichen Hand aufsetzt und eine durch Daten abgesicherte politische Gestaltung ebenso ermöglicht wie effiziente Services und sozialen Mehrwert für Bürgerinnen und Bürger.

Aktuelle Situation

Regierungen auf der ganzen Welt werden sich zunehmend der Potenziale und Möglichkeiten bewusst, die sich aus weithin zugänglichen Daten

1. ESG Research: [Das Datenzeitalter hat begonnen. Sind Sie bereit?](#) Splunk 2020

ergeben. Diese Daten bieten die Chance, digitale Lösungen für Bürgerinnen und Bürger zu verbessern, die Produktivität in der Wirtschaft zu erhöhen und die Effizienz von Politik und Verwaltung zu steigern.

In den letzten Jahren sind deshalb weltweit Datenstrategien entwickelt worden.² Großbritannien hat eine eigene National Data Strategy,³ in Deutschland hat das Kabinett am 27. Januar 2021 die Datenstrategie der Bundesregierung⁴ vorgestellt. Dennoch geht aus unserer aktuellen Studie zum Datenzeitalter⁵ hervor, dass nur 23 % der weltweit Befragten aus dem öffentlichen Sektor klar ist, wie sehr das Datenvolumen demnächst ansteigen wird: 89 % sind auf dieses rasante Datenwachstum nicht vorbereitet. Das bedeutet, dass einige Länder und Regionen den Anschluss verlieren oder diese Chance ganz verpassen werden.

Das Potenzial von Daten ist offensichtlich noch nicht voll und ganz erkannt, auch wenn den Letztverantwortlichen meist durchaus bewusst ist, dass Daten ein wichtiges strategisches Gut sind. Folglich werden Daten von Einrichtungen der öffentlichen Hand in der Regel eher reaktiv als proaktiv genutzt, wenn es um bessere Bürgerservices und eine Entlastung der Behörden geht.

Darüber hinaus wird der potenzielle Wert bereits vorhandener Daten tendenziell unterschätzt. Vermutlich konzentrieren sich Behörden und Verwaltungen nur auf den Bruchteil der Daten, der bereits gut sichtbar ist. Somit verpassen sie beträchtliche Chancen, ihr Dienstleistungsangebot zu verbessern, mehr über die Bürgerinnen und Bürger zu erfahren sowie proaktiver und effizienter zu arbeiten. Solche unerschlossenen, unbekanntes und ungenutzten Daten bezeichnen wir auch als Dark Data, weil sie sozusagen noch im Dunkeln schlummern.

Hindernisse der Datennutzung im E-Government

Es stellt sich also die Frage, warum staatliche Stellen ihre Daten nicht wertschöpfend nutzen. Die Schwierigkeiten sind vielfältig, wohlbekannt und meist gut belegt. Hier die wichtigsten Problemfelder:

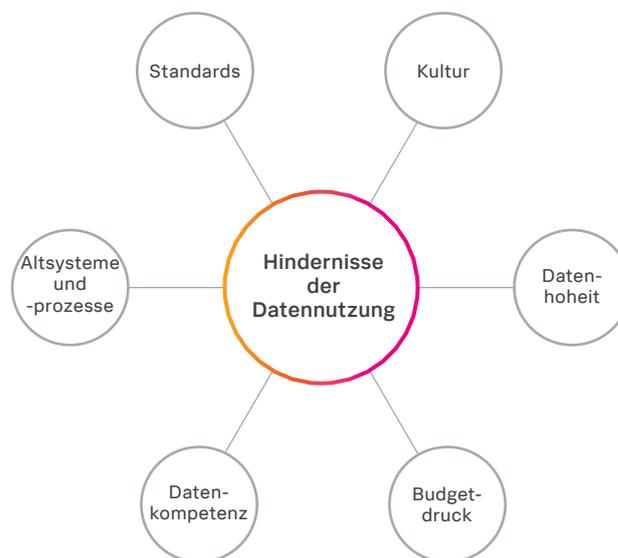


Abb. 1: Herausforderungen bei der Datennutzung der öffentlichen Hand

- Interne Kultur:** Im Allgemeinen gibt es im öffentlichen Sektor keine Philosophie der gemeinsamen Datennutzung. Daten werden in abgeschotteten Silos gespeichert, und Daten mit anderen Abteilungen oder Funktionsbereichen auszutauschen, ist nicht die Standardoption. „Behörden erfassen Daten für ihre eigenen Zwecke, nicht für die behördenübergreifende Nutzung.“⁶ Die Teams sind übervorsichtig, wenn es darum geht, Daten auszutauschen. Sie sind in einer Kultur verhaftet, in der die Angst vorherrscht, „etwas falsch gemacht“ zu haben. Verschärft wird diese Situation noch durch einen Mangel an abgestimmten Qualifikationen, Strategien und Leitlinien sowie Führungskräften,

2. U.S. General Services Administration: [Federal Data Strategy](#). Februar 2020; Europäische Kommission: [A European Strategy for Data](#). November 2020.

3. UK Department for Digital, Culture, Media and Sport: [National Data Strategy](#). Dezember 2020.

4. [Datenstrategie der Bundesregierung. Eine Innovationsstrategie für gesellschaftlichen Fortschritt und nachhaltiges Wachstum](#). Kabinettsfassung, Januar 2021. Kabinettsfassung, Januar 2021.

5. ESG Research: [Das Datenzeitalter hat begonnen. Sind Sie bereit?](#) Splunk 2020.

6. Daniel Lim Yew Mao: [Bringing Data into the Heart of Digital Government](#). In: Ethos 21 (2019).

die die Initiative übernehmen. Die Datennutzung steht in den Abteilungen nicht im Vordergrund; Beamte werden nicht motiviert, Daten für ihre Arbeit zu nutzen, und sie bekommen keine Anerkennung, wenn sie es tun. Diese kulturelle Hürde wird in der Fachliteratur zu datengestützter Politik und Verwaltung immer wieder herausgestellt.⁷

- **Mangel an akzeptierten Standards:** Es herrscht generell „ein Mangel an Konsistenz bei den Standards und Systemen, die von den einzelnen staatlichen Stellen verwendet werden. Das macht einen effizienten Datenaustausch schwierig“ und führt zu „Inkonsistenzen bei der Datenspeicherung“⁸ Das hartnäckige Festhalten an starren Datenstrukturen hat jedoch zunehmend Skalierungs- und Kompatibilitätsprobleme zur Folge. Unnötig strenge Zugriffskontrollen, ungeeignete Standards oder veraltete Datenformate verhindern den Zugriff auf Daten, deren Erschließung durchaus sinnvoll wäre.
- **Veraltete Systeme und Prozesse:** Viele kritische Systeme sind im Laufe der Zeit immer wieder ausgebaut worden und haben ein hohes Maß an Komplexität erreicht. Zugleich werden sie immer öfter für Dienste verwendet, für die sie nie gedacht waren. Manuelle Prozesse zur Berichterstattung können zwar kurzfristig für Entlastung sorgen, doch je mehr es werden, desto höher liegen die Barrieren für Echtzeittransparenz und effiziente Abläufe. Altsysteme spielen weiterhin eine Rolle, können jedoch erheblichen Aufwand an Kosten und Ressourcen verursachen, was sich zweifellos negativ auf die Qualität der Bürgerservices auswirkt.
- **Datenkompetenz:** Kompetenzen im Umgang mit Daten sind auf allen Ebenen von Politik und Verwaltung wichtig, doch die Führungskräfte haben nicht unbedingt Erfahrung damit und können aus Zeitdruck oft nicht mit gutem Beispiel vorangehen. Die meisten Regierungen wissen Datenexperten oder deren Qualifikation nicht ausreichend zu schätzen. Daten gelten als etwas für Spezialisten.

- **Budgetdruck:** Die öffentlichen Haushalte müssen mit immer knapperen Mitteln auskommen, gleichzeitig wächst jedoch der Druck auf die Abteilungen, in denen die Dienste erbracht werden, insbesondere da seitens der Bevölkerung mehr und bessere Services eingefordert werden. Die Standardreaktion darauf besteht in einer Vielzahl unterschiedlicher Projekte und taktischer Fördermaßnahmen rund um die Datennutzung. Ohne einen konsistenten strategischen Ansatz sind eingeschränkte politische Flexibilität und beträchtliche Effizienzeinbußen die ungewollte Folge.
- **Datenhoheit:** Die Daten, die in der digitalen Infrastruktur der öffentlichen Hand generiert werden, stehen Politik und Verwaltung nicht in nennenswertem Umfang für andere Abläufe oder die Entscheidungsfindung zur Verfügung. Das Bemühen um rasche Digitalisierung und neue Technologien hat oft zu gemischten Bereitstellungsmodellen geführt, mit Cloud-Diensten oder Partnerschaften mit Drittanbietern. Daraus ergeben sich zusätzliche Hindernisse für Datenzugriff und Transparenz. Weil sich dieser Trend beschleunigt, gilt es sicherzustellen, dass die öffentliche Hand die Datenhoheit behält und dass diese auf eine Weise zum Vorteil der Bürgerinnen und Bürger genutzt wird, die Vertrauen schafft.
- **Schlechte Datenqualität:** Die Vielfalt von Systemen und die Mehrfachvorhaltung an unterschiedlichen Stellen ergeben einen inkonsistenten, oft veralteten Datenbestand und insgesamt eine schlechte Datenqualität. Die Qualität der Daten ist aber nicht nur für den laufenden Betrieb entscheidend, sondern auch dafür, ob Politik und Verwaltung kritische Veränderungen und sich abzeichnende Krisen erkennen und darauf wirksam reagieren können.

7. Beispielsweise im OECD-Bericht [Digital Government Review of Sweden. Towards a Data-driven Public Sector](#). Mai 2019.

8. UK Department for Digital, Culture, Media and Sport: [National Data Strategy](#). Dezember 2020.

Datengestützte E-Government-Plattform – Datentextur

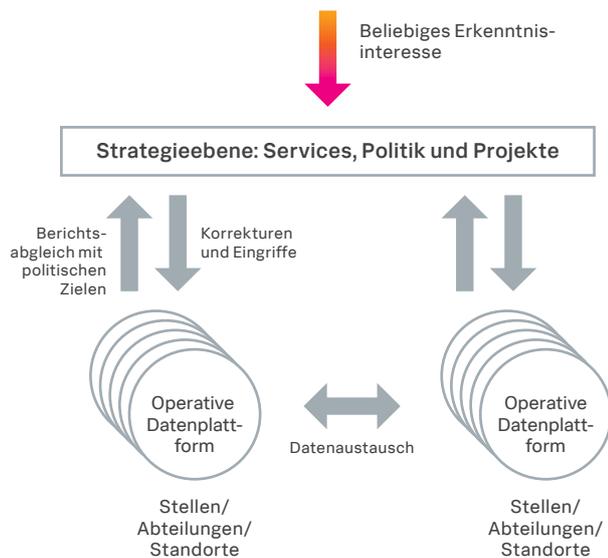


Abb. 2: Datengestütztes E-Government

Datengestütztes E-Government

Eine Empfehlung für die öffentliche Hand

Die **datengestützte Verwaltungsplattform** (siehe Abb. 2) ist wie ein Fenster, das einen Echtzeitblick auf die aktuellen Daten der öffentlichen Hand ermöglicht, und zwar unabhängig von Format, Struktur und Speicherort. Diese Plattform kann Daten jeglicher Art untersuchen, verknüpfen und konsolidieren. Das bedeutet: Politik und Verwaltung können damit beliebige Fragen an ihre Daten stellen, neue Erkenntnisse gewinnen und proaktiv Maßnahmen ergreifen.

Wie funktioniert das?

Konventionell und unflexibel

Datengestütztes E-Government ist ein ganzheitlicher Ansatz, der Vorteile auf allen Ebenen bringt: im laufenden Betrieb, bei der Implementierung neuer Services, bei der politischen Entscheidungsfindung etc. Dieser Ansatz bringt keinerlei Einschränkungen mit sich und erfordert auch keinen großen Aufwand an Vorverarbeitung und Strukturierung der Daten oder gar neue Infrastrukturen. Ebenso wenig ist im Vorfeld die Entwicklung neuer Software zur Bereitstellung oder Konsolidierung von „Data Lakes“ oder „Data Hubs“ erforderlich.

Beim Aufbau einer effektiven Datentextur liegt der Fokus zunächst darauf, die kritischen operativen Services sichtbar und verstehbar zu machen. Diese operativen Datenplattformen auf Behördenebene sind die Knotenpunkte einer echten Datentextur, die durch greifbare Verbesserungen sofort Wirkung zeigt und die unmittelbaren Anwender produktiver macht. Wenn dann die einzelnen Abteilungen effizienter arbeiten, kann man die Datentextur erweitern, um neue Erkenntnisse zu gewinnen und sie in sinnvolle Prioritäten zu sortieren, was durch den kontinuierlichen Berichtsabgleich mit politischen Zielen leicht möglich wird (Bottom-up-Ansatz). In der Datentextur lassen sich Daten außerdem sofort zwischen den einzelnen Stellen austauschen, was eine Produktivitätssteigerung der gesamten Verwaltung nach sich zieht.

Daraus abgeleitete datengestützte Indikatoren können dann in **Erkenntnisse zu Dienstleistungen und Vorhaben** gefasst werden. Diese Metriken sind für die Strategien und Initiativen der Regierung unter Umständen entscheidend. Im Gegenzug lassen sich in Echtzeit Korrekturen und Eingriffe vornehmen (z. B. bei der Mittelbereitstellung oder der Leistungserbringung), damit das gewünschte Ergebnis erzielt wird (Top-down-Ansatz).

Mit einfachen Abfragen, bewährten Methoden gezielten maschinellen Lernens und Visualisierungen von Live-Daten lassen sich die Daten der öffentlichen Hand beliebig befragen, sodass die Beteiligten inner- und außerhalb der Verwaltung rasche Auskunft erhalten.

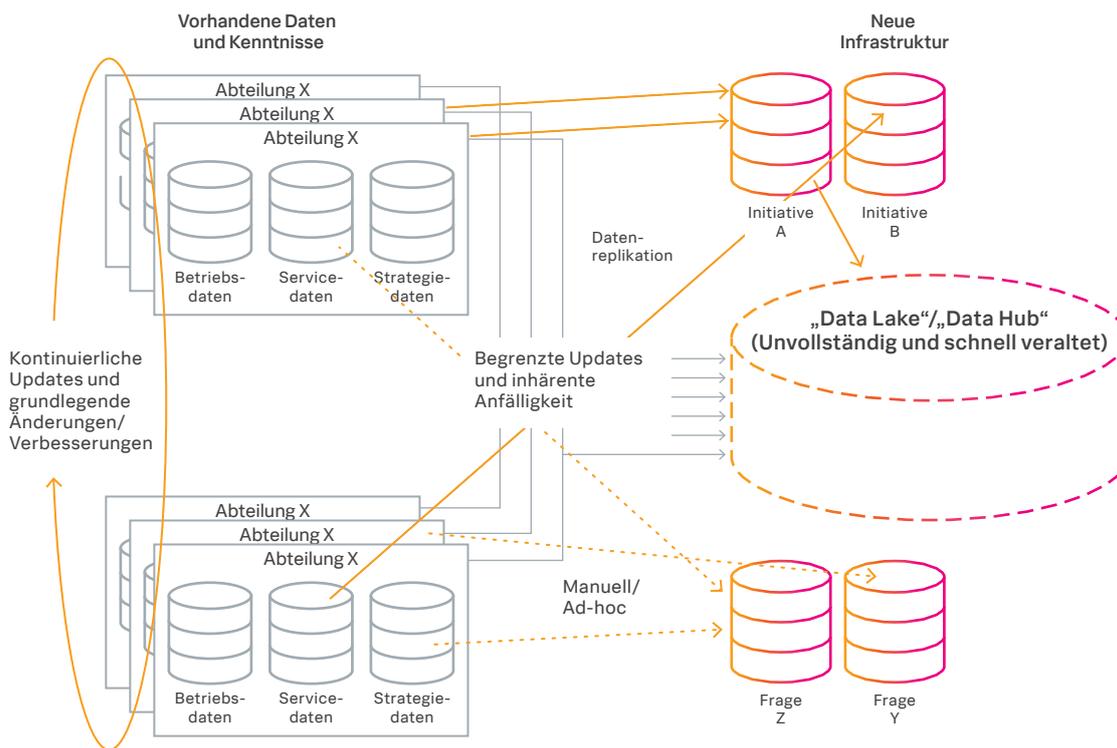


Abb. 3: Konventionelle Datenarchitekturen – „Data Lake“ bzw. „Data Hub“.

Der Nachteil dieser konventionellen, architekturorientierten Ansätze (siehe Abb. 3) besteht darin, dass sie die Flexibilität einschränken. Sie können Bestandsdaten aus Silos in der Regel nicht ohne Weiteres integrieren. Darüber hinaus müssen massenhaft Daten für jedes einzelne Vorhaben übertragen und angepasst werden – und dann noch einmal, wenn sie für die politische Planung oder für Analysen gebraucht werden. Antworten erhält man erst nach manuellen Abfragen oder durch Ad-hoc-Prozesse. Projekte und der laufende Betrieb sind anfällig für Probleme bei der Replikation und aufgrund von fehlenden Updates.

Ein neuer Ansatz muss her

Besser wäre es, Daten zu nutzen, egal wo und wie sie anfallen – und auf diese Weise reiche Quellen bisher unerschlossener Daten im gesamten öffentlichen Sektor zu entdecken. Der Datentextur-Ansatz nutzt bestehende Datenbestände und -quellen, er funktioniert reibungslos mit jeder Kombination aus neuen, aktuellen und älteren Systemen, die Daten generieren oder verarbeiten. Grundsätzlich macht dieser Ansatz die Verknüpfung von operativen Daten und Servicedaten, von Projektvorhaben und politischen Zielen zu einer gemeinsamen Datentextur möglich, und zwar in Gestalt einer Overlay-Schicht ohne große Investitionen in neue Infrastruktur.

Das Datentextur-Overlay ermöglicht Resultate, Entscheidungen und die Umsetzung politischer Maßnahmen auf der Grundlage aktueller, konsistenter und konsolidierter Daten aus allen Ressorts und Regionen. Gleichzeitig trägt er den unterschiedlichen operativen Abläufen innerhalb der einzelnen Ressorts Rechnung.

Diesem Ansatz (siehe Abb. 4) liegt das Prinzip zugrunde, relevante Daten, Metriken und Ziele zu verknüpfen, sodass abgestimmte Strategien und Korrekturen möglich werden, ohne dass man kritische Prozesse beeinträchtigen oder neue Silos schaffen müsste. Dies gelingt auf eine Art und Weise, die transparent und auditfest ist. Sowohl Behörden als auch Bürgerinnen und Bürger können also auf die Richtigkeit einer Entscheidung vertrauen. Durch diesen Ansatz wird es Politik und Verwaltung möglich, Änderungen unverzüglich

Datengestützte E-Government-Plattform – Harmonisierte und konsolidierte Übersicht über alle Ressorts und Regionen



Abb. 4: Datentextur als Overlay.

und zügig umzusetzen, und zwar ohne umfangreiche Planungen, ohne den hohen Zeitaufwand und die umfangreichen Investitionen, die andere, architekturorientierte Ansätze erfordern.

Eine datengestützte E-Government-Plattform verlangt nicht, dass alle, die damit umgehen, zu Datenwissenschaftlern werden. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollten aber dazu ermutigt und in die Lage versetzt werden, mit Daten zu experimentieren und neue Wege zu suchen, wie sich Daten für die Entscheidungsfindung nutzen lassen und wie man damit die Ergebnisse einer datengestützten Politik messbar machen kann.

Wichtig sind auch Rahmenregelungen, um den Datenaustausch zwischen einzelnen Ämtern zu fördern und eine entsprechende Kultur zu schaffen. Beim Entwurf einer Datenaustauschkultur für den öffentlichen Sektor sollte die Politik ein einfaches, risikobasiertes Framework auf der Basis angemessener Compliance-Richtlinien und rechtlicher Maßgaben in Erwägung ziehen. Der interne Datenaustausch sollte dabei zur Standardoption werden, wohldefinierte Ausnahmen sollte es nur aus Sicherheits- und Datenschutzgründen sowie aus juristischen Erwägungen geben.

Da die öffentliche Hand in der Regel sehr viele Daten speichert und generiert, die sie entweder gar nicht kennt oder nicht nutzen kann, sollten die Teams mit den Instrumenten ausgestattet werden, die sie zum Aufspüren und Auswerten dieser Daten benötigen. Nur so können sie neue Möglichkeiten finden, Entscheidungen abzusichern und die Ergebnisse für Bürgerinnen und Bürger zu optimieren. Die Schaffung entsprechender Anreize für Einzelne und Abteilungen ist wie bereits erwähnt empfehlenswert, ebenso wie die Entwicklung entsprechender Metriken, die Optimierungen erst messbar machen.

Funktion	Vorteil
Konsolidierte, aktuelle E-Government-Daten in Echtzeit	Umfassende Sichtbarkeit durch ein „Fenster“ mit Blick auf alle verfügbaren Daten, unabhängig von Format, Struktur oder Speicherort.
Beliebig befragbare Daten	Neue Erkenntnisse und proaktive Maßnahmen dank einfacher Abfragen, maschinellem Lernen und Live-Datenvisualisierungen im geschützten Datenraum.
Laufender Berichtsabgleich mit politischen Zielen (bottom-up)	Neue, aktuelle Informationen und Einblicke, die sich leicht in sinnvolle Prioritäten sortieren lassen, inklusive Berichterstattung und Fortschrittsanalyse
Kontinuierliche Kontrolle von Services und Projekten (top-down)	Sofortige Korrekturen und Eingriffe (Mittelbereitstellung, Leistungserbringung etc.), damit das gewünschte Ergebnis erzielt wird.
Operative Datenplattformen, die ressortübergreifend Daten austauschen	Mehr Produktivität, Effizienz und Datenaustauschkultur, sowohl horizontal (in den Abteilungen) als auch vertikal (strategisch).

Abb. 5: Funktionen und Vorteile

Vorteile für Politik und Verwaltung

Mit einem datengestützten Vorgehen, das sämtliche Datenquellen nutzen kann, behalten Verantwortliche in Politik und Verwaltung die Umsetzung ihrer Maßnahmen und Projekte immer im Blick, sie können bei Bedarf einfach Anpassungen vornehmen und damit live gehen. Die Lösung hat aber noch weitere Vorteile:

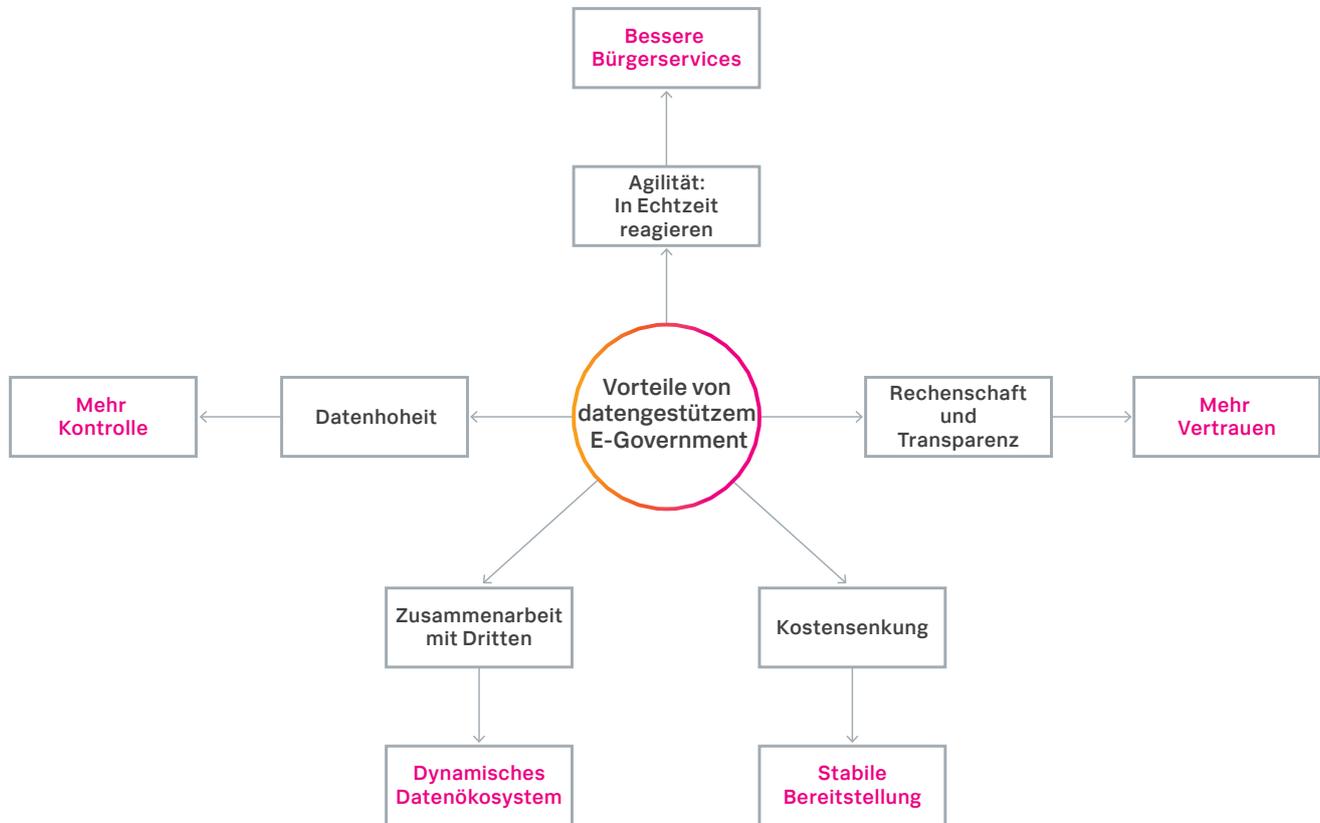


Abb. 6: Vorteile eines datengestützten Ansatzes

Bessere Bürgerservices

Ein datenorientierter Ansatz ermöglicht agileres, proaktives Handeln. Verantwortliche in Politik und Verwaltung können Trends schneller analysieren und ihre Strategien oder Projekte einfacher anpassen, weil sie auf der Grundlage präziser Informationen handeln und ihren Daten beliebige Fragen stellen können.

Rechenschaft und Vertrauen

Sichtbarkeit bedeutet auch, dass Bürgerinnen und Bürger sehen können, wie aus ihren Daten Strategien zum Wohl der Allgemeinheit entstehen. Politik und Verwaltung können flexibler agieren und Kursänderungen schneller umsetzen. In Zeiten zunehmender Politikverdrossenheit wird es immer wichtiger, zu zeigen, dass Entscheidungsträger sich nicht nur von Ideologie und Weltanschauung leiten lassen, sondern auf der Grundlage solider Datenanalyse handeln. Bürgerinnen und Bürger vertrauen eher öffentlichen Institutionen, denen es gelingt, maßgeschneiderte, qualitativ hochwertige Dienstleistungen anzubieten.⁹

9. OECD: [The Path to Becoming a Data-Driven Public Sector](#). November 2019.

Kostensenkung

Es ist keineswegs notwendig, das Hauptaugenmerk und den Investitionsschwerpunkt auf die Dateninfrastruktur zu legen. Datenanalyse kann als Overlay in die bestehenden Infrastrukturen und Services eingezogen werden – statt in Form zusätzlicher Infrastrukturkomponenten, die zu entwickeln und zu warten wären. Auf diese Weise lassen sich beträchtliche Kosten einsparen, und das Verschieben von Daten zwischen unterschiedlichen Systemen entfällt.

Datenhoheit

Daten sind ein wertvolles Gut. Mit einer datengestützten E-Government-Plattform bleibt die Datenhoheit ganz in der öffentlichen Hand.

Agilität und Innovation

Datengestütztes E-Government lässt sich gut schrittweise einführen. In der Initialphase können ausgewählte Abteilungen oder Ämter als Erstanwender testen, experimentieren und Innovationen anstoßen – anhand von Echtdateien und ohne hohe Einführungskosten. Wenn sich daraus wertvolle Erkenntnisse ergeben bzw. sinnvolle Anwendungsfälle ermittelt werden und sich bewähren, können sie rasch und problemlos für die übrigen Bereiche übernommen werden.

Kommunikation und Zusammenarbeit

Da sich mit diesem datengestützten Ansatz sämtliche Fragen beantworten lassen, ist es umstandslos möglich, Betroffenen, Beteiligten oder der Öffentlichkeit fundierte Antworten zu geben. Beispielsweise könnten auf Fragen zu Trends und Entwicklungen, die sich im Land abzeichnen, schnell und gezielt die entsprechenden Daten ermittelt, bereinigt und auf Compliance geprüft werden.

Fazit

Wenn wir unsere Daten besser verstehen, wenn wir neugieriger und kreativer damit umgehen, dann sind wir in Politik und Verwaltung auch besser auf zukünftige Herausforderungen vorbereitet. Wenn wir wirklich alle unsere Daten sinnvoll nutzen können, auch diejenigen, die jetzt noch im Dunklen liegen, verstehen wir besser, was Bürgerinnen und Bürger wirklich wollen, und können diese Aufgaben angehen. Ein Land, das seine Daten beliebig befragen kann, ist bereit für das Datenzeitalter und in der Lage, seine Services so zu transformieren, dass es auch schwierige Zeiten übersteht.

Weitere Informationen erhalten Sie gerne [per E-Mail](#).